

Kinder- und Jugendarbeit auch in Krisenzeiten ermöglichen

Kinder und Jugendliche gehören zu den stillen Leidtragenden der Corona-Pandemie. Der gesellschaftliche Umgang mit der Pandemie wirkt sich erheblich auf ihre Lebensrealität aus. Ihr Alltag bewegt sich aufgrund fehlender Angebote fast ausschließlich zwischen Schule und Familie. Die Diskussion über die Öffnungen oder Schließungen von Schule und deren Auswirkungen auf die Arbeit der Eltern übersieht, was Kinder und Jugendliche in den letzten Wochen fast unbemerkt geleistet haben. In fast allen Familien mit mehreren Kindern haben ältere Geschwister Verantwortung übernommen: Sei es als Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfe für jüngere Geschwister oder durch stärkere Mitarbeit im Haushalt. Der Umfang der Schularbeiten und Hausaufgaben hat sich – wie viele Schüler*innen berichten – währenddessen vielmehr verstärkt.

In der anhaltenden Diskussion um Schule und deren Rolle während der Pandemie gerät zudem aus dem Blick, dass Jugend und Kindheit aus mehr bestehen muss, als verzweckte Bildung in der Schule. Jugendhäuser und offene Angebote sind weitestgehend geschlossen. Zudem fehlt es an mehrtägigen Angeboten für Kinder und Jugendliche, mit gleichaltrigen zusammen zu sein und einen unverzweckten Alltag zu erleben. Gerade dies ist das, was die Kindheit und Jugend als Lebensphase ausmacht und für die weitere emotionale und psychische Entwicklung elementar ist.

Den dringenden Bedarf nach unverzweckter Freizeit und Erholung bestätigen auch die beiden Studien des Forschungsverbands „Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit“ der Universitäten Hildesheim und Frankfurt. In der durchgeführten Befragung gaben „über ein Drittel der Befragten an, sich in der aktuellen Situation einsam zu fühlen.“ Betont wird auch das „gemeinsame Aktivitäten“ und „etwas erleben“ Bedürfnisse junger Menschen sind, „welche derzeit jedoch kaum Raum in der öffentlichen Diskussion haben und oft negativ ausgelegt“ werden. Die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen gab an, dass sich ihre Möglichkeiten, sich zu treffen, stark geändert hätten. Abgesehen vom Schulbesuch haben sich soziale Begegnungen unter Kinder- und Jugendlichen stark verringert. Treffen mit Freund*innen gehören, wie es die Studien festhalten, während des Corona-Jahres 2020 „weniger zur Normalität junger Menschen“. Etwa 70% der Befragten äußern einen erheblichen Bedarf daran, dass sie ihrer Freizeitgestaltung wie gewohnt nachgehen können.¹

Viele Jugendverbände wissen um die schwierige Lage von Kindern und Jugendlichen und wollen deshalb Fahrten und Freizeiten anbieten, wenn sie die Sicherheit der Teilnehmer*innen und ihrer Familien gewährleisten könnten. Dafür braucht es neben klaren Regelungen zur Jugendarbeit während der Pandemie auch eine Möglichkeit, mehrtägige Bildungsveranstaltungen und Jugenderholungen durch sogenannte Corona-Tests abzusichern, wenn diese verfügbar sind. Gerade die Arbeit der Jugendverbände sollte möglichst sicher stattfinden können, um jungen Menschen weiterhin einen Raum der Selbstorganisation und Selbsterfahrung zu geben.

¹ Andresen, Sabine u.a. (Hrsg.): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo, Hildesheim 2020 und Andresen, Sabine u.a. (Hrsg.): „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“. Jugendalltag 2020, Hildesheim 2020.

Der DBJR soll mit den zuständigen Ministerien, Krankenkassen und Gesundheitsexpert*innen das Gespräch darüber suchen:

- Ob PCR-Testungen vor oder nach Jugenderholungen und Jugendbildungsveranstaltungen sinnvoll eingesetzt werden können und ob diese von den Krankenkassen – gerade in Hinblick auf die psychosoziale Gesundheit – übernommen werden könnten
- Inwieweit Schnelltests eine sinnvolle Ergänzung der Hygienekonzepte in der Jugendverbandsarbeit sein können

Wenn der Einsatz der PCR-Testungen sowie der Schnelltests als sinnvoll erachtet wird, soll sich der DBJR dafür einsetzen, dass diese über den KJP abrechenbar sind, insofern die Kosten nicht von den Krankenkassen übernommen werden.

Einstimmig beschlossen im Hauptausschuss am 9.02.2021.